



PREIS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT 2010

REGINA GÖRNER, JOCHEN F. KIRCHHOFF,
UND WALTER RIESTER:
DIE DEUTSCHE SOZIALPARTNERSCHAFT –
KERNBESTANDTEIL DER SOZIALEN
MARKTWIRTSCHAFT

Hans-Gert Pöttering (Hrsg.)

Mit Beiträgen von
Hans-Gert Pöttering | Petra Roth
Volker Bouffier | Regina Görner
Walter Riester | Jochen F. Kirchhoff

ISBN 978-3-942775-32-8

www.kas.de

INHALT

- 5 | VORWORT

- 7 | DER PREIS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT
DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

- 9 | DIE PREISTRÄGER 2010:
REGINA GÖRNER, JOCHEN F. KIRCHHOFF
UND WALTER RIESTER

- 13 | DIE SOZIALPARTNERSCHAFT –
GELINGENDES MITEINANDER VON UNTERNEHMERN
UND ARBEITNEHMERN
Hans-Gert Pöttering

- 21 | GRUSSWORT DER STADT FRANKFURT AM MAIN
Petra Roth

- 25 | DIE SOZIALPARTNERSCHAFT ALS KERNBESTANDTEIL
DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT
Volker Bouffier

- 39 | WORTE DER PREISTRÄGERIN
Regina Görner

- 43 | WORTE DES PREISTRÄGERS
Walter Riester

- 47 | WORTE DES PREISTRÄGERS
Jochen F. Kirchhoff

- 52 | HERAUSGEBER UND AUTOREN



*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2011, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Umschlagfotos: © IG Metall (links), KIRCHHOFF Gruppe (Mitte),
picture alliance (rechts)*

*Druck: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-942775-32-8

VORWORT

Am 4. November 2010 verlieh der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Hans-Gert Pöttering in einem Festakt in der Frankfurter Paulskirche den Preis Soziale Marktwirtschaft an Dr. Regina Görner, Dr. Jochen F. Kirchhoff und Walter Riester.

Ihre gemeinsame Auszeichnung reiht sich ein in die Liste der bisherigen Preisträger: Werner Otto (2002), Berthold Leibinger (2003), Helmut O. Maucher (2004), Hans Bruno Bauerfeind (2005), Sybill Storz (2006), Arend Oetker (2007), Peter Wichtel (08) sowie das Geschwisterpaar Eva Mayr-Stihl und Hans Peter Stihl (2010).

Mit der Auszeichnung von erstmalig drei Preisträgern betrat die Konrad-Adenauer-Stiftung wieder Neuland. Die Paulskirche zu Frankfurt, Ort der Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49, bildete zum bereits achten Mal den festlichen Rahmen für die Preisverleihung, der 600 Gäste beiwohnten.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Hans-Gert Pöttering, der erstmals die Preisverleihung eröffnete, stellte Frau Oberbürgermeisterin Dr. h. c. Petra Roth die Bedeutung der Stadt Frankfurt und der kommunalen Ebene für Entwicklung und Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft in den Mittelpunkt ihres Grußworts.

Der Festvortrag durch den Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier unterstrich die besondere Bedeutung von Sozialpartnerschaft und Sozialer Marktwirtschaft und ihre fortwährende Aktualität bei der politischen Bewältigung der neuen Herausforderungen einer zunehmend globalen Wirtschaft.

Zum Abschluss skizzierten die Preisträger, jeder auf eine sehr persönliche wie einprägsame Weise, welche Motive ihr Handeln auch aus einem Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft bestimmen. Besonders deutlich wurde, über welches unschätzbar feste Fundament eine Wirtschaftsordnung und eine Gesellschaft verfügen, die sich auf eine konstruktive wie vertrauensvolle Partnerschaft ihrer Sozialpartner stützen kann und das Wohl der Belegschaft in Einklang zu bringen versteht.

Die Reden der Preisverleihung werden hier in redaktionell leicht überarbeiteter Form wiedergegeben.

DER PREIS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

In der Sozialen Marktwirtschaft steht der Mensch im Mittelpunkt. Seine Rechte und Pflichten, seine Fähigkeiten, seine mutige Schaffenskraft und sein Verantwortungsbewusstsein sind in ihr gefordert und werden durch sie gefördert.

Soziale Marktwirtschaft ist keine ideologische Festlegung. Ihr offener Ansatz ermöglicht es, die Gewichte von Freiheit auf dem Markt und sozialem Ausgleich immer wieder neu auszubalancieren. Dadurch wird sie dem Wesen des Menschen gerecht und ermöglicht wirtschaftliche und soziale Erneuerung.

Aber erst und vor allem praktisches Handeln und persönliches Vorbild erfüllen sie mit Leben. Aus diesem Grund hat die Konrad-Adenauer-Stiftung im Jahr 2002 den „Preis Soziale Marktwirtschaft“ ins Leben gerufen. Mit dem nicht dotierten Preis werden herausragende Leistungen von Personen im Geiste der Sozialen Marktwirtschaft ausgezeichnet.

Die aktuellen Turbulenzen an den Finanzmärkten in Deutschland, Europa und der Welt geben Anlass, auf Orientierungssuche zu gehen und den Menschen in unserem Land ein Gefühl von Verstehen, Begreifen, Orientierung und Wertschätzung zu geben. Das Beispiel und die Leistung unserer

Preisträger sollen Mut machen, auch größte Herausforderungen entschlossen anzupacken und zu bestehen.

Ohne Vorbilder bleibt Soziale Marktwirtschaft tatsächlich graue Theorie. Unsere Gesellschaft braucht Frauen und Männer mit Kreativität, Taten-drang, Unternehmergeist und Verantwortung für das Gemeinwohl. Menschen, die zu ihren Überzeugungen stehen, ihre Ziele mit langem Atem verfolgen und ihre außergewöhnlichen Fähigkeiten auch in den Dienst der Gemeinschaft stellen.

Die Preisträger werden von einer Jury vorgeschlagen und vom Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung bestätigt.

DIE JURY „PREIS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG“ BESTEHT AUS DEN MITGLIEDERN:

Dr. Patrick Adenauer

Geschäftsführender Gesellschafter der Bauwens GmbH & Co. KG, Köln

Dr. Joachim Lemppenau

*ehemals Vorsitzender der Vorstände Volksfürsorge,
Deutsche Lebensversicherung AG, Hamburg*

Professor Dr. Rüdiger Pohl

Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg

Dr. Nikolaus Schweickart

Vorsitzender des Vorstandes der Altana AG, Bad Homburg

Dr. Jens Odewald (Vorsitzender der Jury)

Vorsitzender des Verwaltungsrates, Odewald & Compagnie GmbH, Berlin

DIE PREISTRÄGER 2010

REGINA GÖRNER, JOCHEN F. KIRCHHOFF UND WALTER RIESTER

In der Begründung der Jury heißt es:

„Das Modell der Sozialpartnerschaft ist ein Kernbestandteil der Sozialen Marktwirtschaft. Das Zusammenwirken der Sozialpartner in einem staatlichen garantierten Raum gibt der unternehmerischen Freiheit einen stabilen sozialen Rahmen. Der Dialog der Sozialpartner eröffnet einerseits Spielräume, um die widerstreitenden Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern maßvoll und verlässlich auszugleichen. Die Sozialpartnerschaft entlastet darüber hinaus Staat und Politik von einer Einmischung in die Belange von Unternehmen wie Arbeitnehmern und ist subsidiäres wie solidarisches Fundament unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Auch in der Finanz- und Wirtschaftskrise hat das schnelle wie angemessene Handeln der Sozialpartner dazu beigetragen, dass die sozialen Folgen des dramatischen Abschwungs abgemildert werden konnten und die deutsche Wirtschaft robuster als viele andere Länder die Krise überwunden hat und schnell wieder Tritt fassen konnte.

Dr. Regina Görner, Dr.-Ing. Jochen F. Kirchhoff und Walter Riestler stehen mit ihrem Wirken beispielhaft für eine verantwortungsvolle Wahrnehmung der Sozialpartnerschaft in Deutschland, für die Prinzipien von Tarifautonomie und

Mitbestimmung und den Gedanken der Einheitsgewerkschaft. Ihr Handeln ist geprägt durch ein auf Dialog und Interessenausgleich bedachtes Zusammenwirken der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, das durchsetzungsstark die Interessen der eigenen Mitglieder formuliert, dabei gleichermaßen das berechnete Interesse des Gegenübers und das gemeinsame Ganze im Blick behält. Ihr jahrzehntelanges, entschiedenes wie verantwortliches Handeln hat die diesjährigen Preisträger zu beispielhaften Persönlichkeiten der Sozialpartnerschaft gemacht und dazu beigetragen, die „Freiheit auf dem Markt mit dem sozialen Ausgleich zu verbinden (Alfred Müller-Armack).“

Dafür werden Regina Görner, Walter Riestler und Jochen F. Kirchhoff gemeinsam mit dem Preis Soziale Marktwirtschaft 2010 der Konrad-Adenauer-Stiftung ausgezeichnet.

Aus dem Leben der Preisträger:

Regina Görner wurde am 27. Mai 1950 in Trier geboren. Nach dem Abitur studierte sie Geschichte und Sozialwissenschaft für das Lehramt an Gymnasien an der Ruhruniversität Bochum und wurde 1984 zur Dr. phil. promoviert. Ihr berufliches Wirken begann als persönliche Referentin der Bundesministerin und Bundestagspräsidentin Professor Dr. Rita Süßmuth. Ihre gewerkschaftliche Karriere begann 1989 als Bezirkssekretärin der ÖTV Hessen. Von 1990 bis 1999 war Regina Görner geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), in den Jahren 1999 bis 2004 war sie Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales im Saarland. Heute ist Regina Görner geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und Mitglied des Bundesvorstands der CDU. Gewerkschaftsarbeit bedeutete für Regina Görner immer auch Bildungs- und Ausbildungsarbeit. Dass der DGB diese Themen heute mit besonderem Nachdruck verfolgt, ist auch dem Engagement Regina Görners zu verdanken.

Jochen F. Kirchhoff wurde am 21. April 1927 in Iserlohn geboren. Nach dem Studium des Berg- und Maschinenbaus an der TU Clausthal erfolgte 1953 die Promotion zum Dr.-Ing. Nach Tätigkeiten für die Deutsche Babcock in Oberhausen und der Übernahme des Familienunternehmens Stephan Witte & Comp. (1968), leitete er von 1993 bis 2006 als geschäftsführender Gesellschafter die Kirchhoff-Gruppe, eines der führenden mittelständischen Unternehmen in der Fahrzeug- und Umwelttech-

nologie. In den Jahren 1983 bis 1997 war Jochen F. Kirchhoff Präsident des Verbandes der Metall- und Elektroindustrie und bis 2004 Präsident der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen. Beispielhaft sind die Bemühungen von Jochen F. Kirchhoff um das „Bündnis für Arbeit“, mit dem die Sozialpartnerschaft in Deutschland strukturell fortentwickelt wurde.

Walter Riestler wurde am 27. September 1943 in Kaufbeuren geboren. Nach der Ausbildung und Meisterprüfung im Fliesenlegerhandwerk besuchte er die Akademie der Arbeit in Frankfurt. Sein gewerkschaftliches Wirken begann 1970 als Referatssekretär für Jugendfragen beim DGB-Landesbezirk in Stuttgart. Später folgten Stationen als Bezirkssekretär und Bezirksleiter der IG Metall, Bezirk Stuttgart, bevor Walter Riestler von 1993 bis 1998 2. Vorsitzender der IG Metall wurde. In den Jahren 1998 bis 2002 folgte das Amt als Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, von 2002 bis 2009 gehörte Walter Riestler dem Deutschen Bundestag an. Die tarifpolitischen Leistungen Walter Riestlers bei der IG Metall waren beispielgebend für den Modernisierungskurs der größten deutschen Industriegewerkschaft.

DIE SOZIALPARTNERSCHAFT – GELINGENDES MITEINANDER VON UNTERNEHMERN UND ARBEITNEHMERN

Hans-Gert Pöttering

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist eine sehr große Freude, Sie alle hier in dieser wunderbaren, geschichtsträchtigen Paulskirche in Frankfurt zur Verleihung des „Preis Soziale Marktwirtschaft“ der Konrad-Adenauer-Stiftung willkommen zu heißen.

Mit großer Freude begrüßen wir den Ministerpräsidenten Hessens, Herrn Volker Bouffier. Es ist eine große Freude, dass die Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt, Frau Dr. h.c. Petra Roth bei uns ist und gleich auch zu uns sprechen wird. Herzlich willkommen!

Für mich als Parlamentarier ist es natürlich eine besondere Freude, dass wir auch den Stadtverordnetenvorsteher begrüßen dürfen: Herrn Karlheinz Bührmann.

Ich begrüße sehr herzlich die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages und des Landtages von Hessen, und in ganz besonderer Weise begrüßen wir sehr, sehr herzlich unsere Preisträger des Jahres 2010, Frau Dr. Regina Görner, Herrn Dr. Ing. Jochen F. Kirchhoff und Herrn Bundesminister a.D. Walter Riester.

Unsere diesjährige Preisverleihung findet in bewegten Zeiten statt, und damit meine ich nicht die bevorstehenden Landtagswahlkämpfe, die ihre Schatten voraus werfen, nein, ich rede von tiefgreifenden Veränderungen, die sich in unserer Gesellschaft und weltweit vollziehen. Ich rede von den Wandlungsprozessen der Wirtschaftsstruktur und damit der Arbeitswelt, vom Entstehen neuer sogenannter Global Player, die unsere europäische Wirtschaft herausfordern, von Technologien, die neue Formen der Kommunikation, entstehen lassen, ohne dass sich Menschen physisch begegnen müssen. Und von Migrationsbewegungen, die die kulturelle Komplexität moderner Gesellschaften erhöhen.

Um diesen ganz unterschiedlichen Herausforderungen zu begegnen, ist eine moderne Volkswirtschaft, eine lebendige Demokratie auf Zusammenarbeit angewiesen, auf ein dauerhaftes Miteinander zwischen den Akteuren der Gesellschaft. Unsere Soziale Marktwirtschaft ist ein Ordnungsmodell, das auf eben diese Zusammenarbeit baut und nicht auf Klassenkampf. Um so erfreulicher ist, dass die Soziale Marktwirtschaft auch in den Vertrag von Lissabon, der am 1. Dezember 2009 in Kraft getreten ist, Eingang gefunden hat und damit das Wirtschaftsmodell für die Europäische Union schlechthin ist. Wäre Ludwig Erhard unter uns und hätte er dieses erlebt, er hätte seine Freude daran gefunden.

Die Soziale Marktwirtschaft setzt auf ein gelingendes Miteinander von Politik, Unternehmen und Beschäftigten, Gewerkschaften und Arbeitgebern. In der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich gezeigt, dass dieses Rezept erfolgreich ist. In Deutschland haben die genannten Akteure auf dem Höhepunkt der realwirtschaftlichen Verwerfungen verantwortungsbewusst gehandelt. Sie haben damit einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass unser Land vergleichsweise gut durch diese Krise gekommen ist – und darüber sollten wir uns in Deutschland freuen!

Vor diesem Hintergrund darf uns die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise zuversichtlich stimmen. Auch im Hinblick auf die Themen, die derzeit die Medien beherrschen. Deutschland ist ein lebenswertes Land, das alles in allem auf einem guten Weg ist. Die Reformen der vergangenen Jahre waren aller Mühen wert.

Ich denke an Reformprojekte wie die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die Arbeitsmarktreformen oder die Schuldenbremse. Kritik an der Ausgestaltung dieser Instrumente zu üben, gehört zur Demokratie und ist

erlaubt. Aber die generelle Richtung, gerade auch vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Erfolge, in Frage zu stellen, wäre meiner Meinung nach wenig konstruktiv.

Gelegentlich muss auch darauf hingewiesen werden, dass wir heute die niedrigste Arbeitslosenquote seit 1992 haben und die befürchtete Kreditklemme weitgehend ausgeblieben ist. Und unsere Wirtschaft wächst. „Germany, Europe's engine!“ – wer hätte eine solche Prognose im Jahr 2009 abgegeben? Nur ein Jahr nach der tiefsten Rezession des Landes schmückte dieser Titel das Wirtschaftsmagazin *The Economist* – ein durchaus kritisches Blatt.

Europa und die Europäische Union staunen über uns und über unsere Art zu wirtschaften, und im Rückblick haben wir allen Anlass, stolz auf unsere Institutionen zu sein. Dazu gehört auch und gerade die Sozialpartnerschaft, das Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, von Gewerkschaften und Arbeitgebervertretern auf den unterschiedlichsten Ebenen. Zum Beispiel auf betrieblicher Ebene, wo eine Beteiligung der Arbeitnehmer in betrieblichen Angelegenheiten über die von ihnen gewählten Betriebsräte stattfindet. Oder zum Beispiel auf Unternehmensebene, wo Arbeitnehmer ab einer bestimmten Unternehmensgröße in den Aufsichtsorganen vertreten sind. Oder in Form der Tarifpartnerschaft, die verfassungsrechtlich verankert ist. Tarifautonomie gehört zum Kernbestand der Sozialen Marktwirtschaft.

Rückblickend haben die Sozialpartner ihre Aufgabe, die individuelle Gestaltung der Arbeitsbeziehungen, gut erfüllt. Ich sage ganz bewusst: gut erfüllt. Auch wenn gelegentlich von einer Konfliktpartnerschaft die Rede war, blieb eine einvernehmliche Lösung in den Branchen immer das vorrangige Ziel. Dafür spricht die geringe Zahl von Streiktagen, aber auch die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen durch eine verantwortliche Lohnpolitik.

Dass die Sozialpartnerschaft zu einem wichtigen Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft geworden ist, haben wir weitsichtigen Menschen zu verdanken, die im zerstörten Nachkriegsdeutschland die Neuordnung der Arbeitsbeziehungen vorantrieben. Dazu zählen besonders Hans Böckler und Konrad Adenauer. Bei allem, was beide Persönlichkeiten in der Sache trennte, verband sie eine auf Vertrauen begründete, freundschaftliche Beziehung und die gemeinsame Leidenschaft, für eine freiheitliche Ent-

wicklung zu kämpfen. Die Sicherung der Montanmitbestimmung war die wohl wichtigste gewerkschaftspolitische Leistung von Hans Böckler und Konrad Adenauer. Ich habe mir auf dem Weg hierher noch einmal das Leben von Hans Böckler angeschaut und gelesen, dass die Vereinbarung zwischen Hans Böckler und Konrad Adenauer über die Montanmitbestimmung am 25. Januar 1951 beschlossen wurde. Am 16. Februar 1951 ist Hans Böckler gestorben.

Es war die Zeit, als der große Franzose Robert Schuman am 9. Mai 1950 den Deutschen die Hand ausstreckte zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, was dann am 18. April 1951 zur Unterzeichnung der ersten Gemeinschaft der heutigen Europäischen Union führte.

Wie viele andere Christdemokraten sah Konrad Adenauer die Gewerkschaftsbewegung und die Forderung nach gesetzlichen Mitbestimmungsregelungen zunächst kritisch. Er entwickelte aber im Laufe seiner Kanzlerschaft ein Gefühl dafür, wie wichtig es ist, die Arbeitnehmervertreter einzubinden. Heute gehört diese Einbindung ganz selbstverständlich zu unserer Wirtschaftsordnung. Freilich wurde sie von den Gewerkschaften zu großen Teilen erstritten. Unserer demokratischen Kultur, unserer Wirtschaftsverfassung hat das nicht geschadet – im Gegenteil.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ehrt in diesem Jahr drei Persönlichkeiten, die mit ihrem Wirken beispielhaft für eine verantwortungsvolle Wahrnehmung der Sozialpartnerschaft stehen. Und ich bin Herrn Ministerpräsident Volker Bouffier sehr dankbar dafür, dass er gleich die Laudatio in Verbindung mit seiner Festrede vornehmen wird. Deswegen beschränke ich mich nur auf einen sehr kurzen, mit den Personen verbundenen Glückwunsch.

Sehr verehrte Regina Görner, sehr verehrter Jochen Kirchhoff, sehr verehrter Walter Riester, seien Sie uns am heutigen Nachmittag in ganz besonderer Weise herzlich willkommen. Sie haben an den Orten Ihres Wirkens Spuren hinterlassen. Als engagierte Gewerkschafterin, wie Sie, Frau Regina Görner. Als streitbarer Vorsitzender der IG Metall, wie Sie, lieber Walter Riester. Und Sie, lieber Jochen Kirchhoff, als Unternehmer und Arbeitgebervertreter, und ich darf Ihnen noch herzlich gratulieren zu dem ganz besonderen Geburtstag Ihres Unternehmens: 225 Jahre Unternehmensgruppe Kirchhoff, auch dafür Ihnen noch einmal einen herzlichen Glückwunsch, lieber Herr Kirchhoff.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung möchte Ihr Engagement für die Sozialpartnerschaft und damit auch für die Soziale Marktwirtschaft würdigen. Deshalb überreichen wir Ihnen gleich den Preis Soziale Marktwirtschaft. Ich gratuliere Ihnen im Namen der Konrad-Adenauer-Stiftung schon jetzt sehr herzlich dazu!

Mein Dank gilt unserer Jury für den Vorschlag, den sie uns gemacht hat, und ich bedanke mich ausdrücklich beim Vorsitzenden der Jury, Dr. Jens Odewald, einen herzlichen Dank an Sie und Ihre Mitstreiter, lieber Herr Odewald!

Unsere diesjährigen Preisträger ergänzen die Reihe respektabler Persönlichkeiten gut, die wir in den zurückliegenden Jahren ausgezeichnet haben. Professor Werner Otto – 2002, Professor Berthold Leibinger – 2003, Dr. Helmut Maucher – 2004, Professor Hans Bruno Bauerfeind – 2005, Dr. Sybill Storz – 2006, Dr. Arend Oetker – 2007, Peter Wichtel – 2008, sowie das Geschwisterpaar Eva Mayr-Stihl und Hans Peter Stihl im Jahr 2009.

Mein besonderer Gruß gilt an dieser Stelle den anwesenden Preisträgern der vergangenen Jahre. Bisher waren es auch und vor allem Unternehmer, Innovatoren im Sinne der Lehre von Josef Schumpeter, die unsere Auszeichnung erhalten und sie damit geprägt haben.

Verehrte Preisträger, verehrte Gäste, ich vermute, Sie waren daher ein wenig verwundert oder überrascht, als Ihnen die diesjährige Einladung und Entscheidung der Jury zuzuging; denn nimmt man es genau, verlassen wir mit der Auszeichnung an Regina Görner, Jochen Kirchhoff und Walter Riester heute einen vorgespurten Weg. Was auf den ersten Blick erstaunt, hat beim zweiten Hinsehen durchaus seine Berechtigung. Der Wirtschaftsstandort Deutschland bezieht seine Stärke aus innovativen Unternehmern und Unternehmen, ohne Zweifel. Aber eben auch aus der konsensorientierten Organisation der Arbeitsbeziehungen. Und wer wüsste das besser als der Ministerpräsident eines wirtschaftlich so erfolgreichen Landes wie Hessen, und deswegen freuen wir uns gleich, nach der Frau Oberbürgermeisterin, auf die Festansprache des Ministerpräsidenten des Landes Hessen.

Die Sozialpartnerschaft, die Sie, verehrte Preisträger, ganz praktisch mitgestaltet haben, mag nach Maßstäben anderer Industrienationen unzeitgemäß sein, in Deutschland weiß man aber um ihre Vorteile. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist die Sozialpartnerschaft ein Gewinn, weil sie eine Schutzfunktion übernimmt und die Beteiligung an den Unternehmenserträgen sichert. Für Unternehmen ist sie ein Gewinn, weil sie durch ihre Organisationsfunktion stabile Lohnstrukturen und Arbeitsbedingungen garantiert, und für den Staat, weil er – dem Subsidiaritätsprinzip folgend – die Verantwortung für die Arbeitsbeziehungen überträgt und sich auf seine originäre Aufgabe als Hüter der Rechtsordnung konzentrieren kann.

Diese Vorteile begründen, warum die Sozialpartnerschaft einen festen Platz im marktwirtschaftlichen Gefüge der Bundesrepublik Deutschland übernommen hat. Wenn ich heute in unsere europäischen Nachbarländer schaue, glaube ich, dass hier und dort wohl auch mehr Partnerschaft möglich und nötig wäre.

Natürlich stellt der Strukturwandel unserer Wirtschaft heute alle Akteure vor große Herausforderungen. Auch an Gewerkschafts- und Arbeitgeberverbänden sind diese Auswirkungen der Globalisierung nicht spurlos vorüber gezogen. Sie führen dazu, dass immer häufiger nach dem Gesetzgeber gerufen wird. Der Staat muss hier besonnen handeln. Es gilt, den Ordnungsrahmen so an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen, dass die Tarifautonomie nicht gefährdet wird, und ich bin zuversichtlich, dass uns dieses in Deutschland gelingt.

Die Soziale Marktwirtschaft und eine soziale Partnerschaft – eine stabile Sozialpartnerschaft – bedingen und fördern sich gegenseitig. Diese wechselseitige Beziehung wirkt in Krisenzeiten mildernd, wie wir gesehen haben, auf die Arbeitslosigkeit und macht Investitionen für Unternehmen langfristig sicherer. Sie fördert damit den Erfolg der deutschen Volkswirtschaft und bildet auch die Grundlage für das Vertrauen unserer Bürgerinnen und Bürger. Wie nachhaltig dieser Erfolg ist, wird sich in den kommenden Jahren freilich noch erweisen müssen, aber angesichts der bisher bewiesenen Flexibilität, in Organisationsstruktur, Programmatik und tarifpolitischer Praxis ist davon auszugehen, dass die Sozialpartnerschaft auch zukünftig erfolgreich Bestand haben wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Preisträgerin, lieber Preisträger, ich darf Sie alle noch einmal sehr herzlich begrüßen und freue mich nun, dass die Frau Oberbürgermeisterin dieser schönen Stadt Frankfurt, Frau Dr. Petra Roth, nun zu uns sprechen wird. Herzlichen Dank!

GRUSSWORT DER STADT FRANKFURT AM MAIN

Petra Roth

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herzlichen Dank Ihnen, sehr verehrter Herr Dr. Pöttering für diese herzlichen Worte der Begrüßung an die Stadt Frankfurt und an ihre städtischen Körperschaften, Magistrat und auch an den Stadtverordneten-Vorsteher!

Wir, das gebe ich zu, hören es sehr gern, wenn man uns mit so viel freundlichen Worten dafür dankt, dass Sie hier diesen Preis verleihen – verleihen können, nicht dürfen. Denn wir stehen voll hinter der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ich glaube, im Besonderen die Professoren wie Ludwig Erhard oder Kurt Biedenkopf und ihre Lehrstuhlätigkeit an der Goethe-Universität hier in Frankfurt haben verdeutlicht, dass die Soziale Marktwirtschaft ein ganz wesentliches Standbein für den wissenschaftlichen Bereich unserer Universität zu Beginn der fünfziger Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg war.

Im Namen der Stadt Frankfurt heiße ich Sie mit großer Freude herzlich willkommen. Ich darf Sie alle herzlich begrüßen und möchte darauf hinweisen, dass unsere Demokratie und ein marktwirtschaftliches Wirtschaftssystem einander

mehr oder weniger, wie wir von Dr. Pöttering gehört haben, bedingen. Das wussten bereits vor 160 Jahren die Abgeordneten der Paulskirche, die hier die erste deutsche Verfassung ausarbeiteten.

Wir wissen, dass diese Verfassung als politisches Projekt scheiterte, keineswegs aber die darin ebenfalls vorgesehene Modernisierung der deutschen Wirtschaft. Diese Modernisierung erlebte im Kaiserreich geradezu eine Blüte, die viele Wirtschaftsfachleute vor 150 Jahren zu der Formulierung hinreißen ließ: „Uns erwartet jetzt ein deutsches Jahrhundert!“. Das ist in der Tat auch so gekommen, aber es kam ganz anders, als man es sich erdacht hatte. Drei deutsche Staaten gingen unter – nicht ohne unsägliches Leid über ihre Bürger und ihre Nachbarstaaten zu bringen. Schien es anfangs so, als könne eine freie Wirtschaft auch ohne eine stabile demokratische Plattform reüssieren, wurde man bald eines Besseren belehrt. Was – und das sage ich auch mit der Glaubwürdigkeit des Jahres 2010 – nutzt die ganze Freiheit, wenn, wie im Kaiserreich oder im NS-Regime, der Staat Personen in die Hände fällt, die ihn durch Krieg und Gewalt ruinieren? Die Antwort auf diese existenzielle Frage war unter anderem das Konzept, das später unter dem Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ eine Erfolgsgeschichte sondergleichen wurde und voraussetzte, dass eine freie Marktordnung und eine demokratische Verfassung sich gegenseitig bedingen. Die deutsche Erfahrung der ersten fünf Nachkriegsjahrzehnte hat die Verbindung zwischen freiheitlicher Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als Erfolgsmodell der Bundesrepublik Deutschland eindrucksvoll belegt und der vierte Untergang eines deutschen Staates, des sozialistischen Gegenmodells in der DDR, hat dies noch unterstrichen.

Verehrte Preisträger, Frau Dr. Görner, Herr Riester und Herr Dr. Kirchhoff: In welchem Maße die Soziale Marktwirtschaft ein gesamtgesellschaftliches Projekt ist, zeigt die Auswahl der bisherigen Preisträger und in diesem Jahr ganz besonders die Auswahl von Ihnen Dreien: ein mittelständischer Unternehmer, dazu zwei Politiker, die der Gewerkschaftsbewegung eng verbunden sind. Und so, wie die Gewerkschaften ihre Kraft aus den Belegschaften der Unternehmen ziehen, die Stärke der deutschen Wirtschaft in ihren vielzähligen erfolgreichen Betrieben liegt, so hat auch die Demokratie ihre Wurzeln dort, wo die Menschen leben – in den Kommunen. Dort, in den Kommunen, nahmen schon vor der Paulskirche gewählte Stadtverordnete und Stadträte demokratische Mitwirkungsrechte wahr, lange bevor hier das erste gesamtdeutsche

Parlament zusammentrat. Damit, meine Damen und Herren, sind die Kommunen die eigentlichen Werkstätten der Demokratie. Aktuell ist die kommunale Selbstverwaltung akut von Aushöhlung bedroht. Immer größere Entscheidungsfelder verlagern sich auf Ebenen, auf denen Gebietskörperschaften wie die Kommunen, zum Beispiel durch Brüssel, kein institutionelles Mitspracherecht mehr haben. Nicht auf juristischem, sondern auf fiskalischem Wege hat der Umgang mit den Staatsfinanzen die tatsächlichen Handlungsspielräume der Kommunalparlamente vielfach schon heute auf Null abgesenkt. Immer neue Aufgaben werden den Kommunen durch Bund und Länder übertragen, gleichzeitig aber systematisch ihre Finanzquellen ausgetrocknet. Still und leise, unauffällig, haben die Steuerreformen der letzten Monate Einnahmeanteile der Kommunen gekappt und die geplanten Veränderungen der Gewerbesteuer berauben die städtischen Körperschaften der letzten Steuerquelle, die sie selbst gestalten können. Damit werden den Kommunen – uns allen – nicht allein Mittel genommen, um in eine moderne, attraktive Infrastruktur im globalen Wettbewerb der Städte zu investieren. Dieser Gedanke wird auch die demokratische Substanz in unserem sozialen und freien Rechtsstaat austrocknen, denn die Teilhabe an Staat und Gesellschaft ist für die Bürger doch in den Kommunen am ehesten erfahrbar.

Und so sage ich heute wie auch in der Vergangenheit: Es kann keinen besseren Ort als die Paulskirche geben, um über Zusammenhänge zwischen der ökonomischen und der demokratischen Substanz unserer Gesellschaft nachzudenken. Deshalb ist die Verleihung des Preises an diesem Ort an gerade diese drei Persönlichkeiten heute nicht nur die richtige Stunde, sondern auch der richtige Zeitpunkt. Und der Zeitpunkt ist heute dafür genauso reif wie vor 160 Jahren, als das erste Parlament hier zusammentrat.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

DIE SOZIALPARTNERSCHAFT ALS KERNBESTANDTEIL DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Volker Bouffier

Sehr geehrter, lieber Herr Professor Pöttering,
sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin,
Herr Stadtverordnetenvorsteher,
verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete,
verehrte Preisträgerin und Preisträger!

Es ist mir eine große Freude, an diesem in der Tat so außergewöhnlichen Ort einige Bemerkungen machen zu dürfen, warum aus meiner Sicht und gestützt auf die Erkenntnisse der Jury heute drei außergewöhnliche Persönlichkeiten verdienter Weise den Preis Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung erhalten. Ich will dabei einige grundsätzliche Bemerkungen zur Frage hinzufügen, was aus meiner Sicht im Jahr 2010 die Botschaft der Sozialen Marktwirtschaft sein muss und was wir gemeinsam, jeder an seiner Stelle, für diese Soziale Marktwirtschaft tun sollten.

Wenn wir vor sechzig Jahren den wesentlichen Repräsentanten der sogenannten Freiburger Schule, also Walter Eucken, Wilhelm Röpke, Alfred Müller-Armack und dem Vater des Wirtschaftswunders, Ludwig Erhard, gesagt hätten, dass wir heute, sechzig Jahre später, in einem der reichsten

Länder der Erde immer noch in blühendem Wohlstand, beneidet rund um die Erde, lebten und diesen Wohlstand auf ein Wirtschaftsmodell gründen, dessen Grundlagen diese Vorreiter in besonderer Weise entwickelt haben, dann wären diese Männer glücklich. Und wenn wir sie heute fragen würden, ob dieses Modell auch im Jahr 2010 noch zukunftsfähig ist, dann wären sie hoffnungsvoll.

Wir können uns sicher gemeinsam darauf verständigen, dass das Modell der Sozialen Marktwirtschaft eine der wesentlichen Grundlagen für die erfolgreiche Entwicklung unseres Landes gewesen ist: Ein nie da gewesener Wohlstand in der Breite, eine im Vergleich zu vielen anderen Ländern äußerst stabile gesellschaftliche Ordnung und das Ganze gekrönt von sechzig Jahren Frieden. Das alles gehört zusammen und das kann uns in der Tat mit Freude und mit Dankbarkeit erfüllen.

Und deshalb ist es mir eine Freude, dass ich die Gelegenheit habe, zur Verleihung dieses Preises einige Bemerkungen machen zu dürfen und die drei Preisträger dabei ein wenig näher zu beleuchten.

Sie alle drei haben über viele Jahre in ihren allesamt bemerkenswerten Lebens- und Berufswegen nicht nur Spuren gelegt, sondern Sie haben zum Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft wesentlich beigetragen. Eine Idee, eine theoretische Konzeption, gewinnt immer dann besonders an Faszination, an Stärke und an Strahlkraft, wenn sie sich in der Praxis bewährt, und sie ist immer dann besonders überzeugend, wenn sie über die Theorie hinaus Gesichter bekommt. Ich meine das konkret und denke an Menschen, die wir als Vorbilder, als Botschafter ansprechen können. Nur so kann eine Idee ihre Blüte entfalten.

Heute zeichnen wir zum ersten Mal drei Persönlichkeiten mit dem Preis Soziale Marktwirtschaft aus. Die Preisträger sind Vorbilder und Botschafter im beschriebenen Sinne.

Sie, sehr verehrte, liebe Frau Dr. Görner, Sie sind eine Repräsentantin dieses Modells, zu dem als tragende Säule – Professor Pöttering hat es gesagt – die Sozialpartnerschaft untrennbar hinzugedacht und auch in der Praxis gelebt werden muss. Sie sind in vielfältiger Hinsicht eine außergewöhnliche Frau. Sie haben sich für den sozialen Konsens, der für unsere Republik grundlegend ist, seit vielen, vielen Jahren, in besonderer Weise eingesetzt und Sie haben – auch das, glaube ich, darf

man heute sagen – für manche einen Spagat hinbekommen, der eher ungewöhnlich ist in dieser Republik: Sie sind seit vielen Jahren in herausragender Funktion des Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie einzelner Gewerkschaften und Sie sind gleichzeitig in herausragender Funktion der Christlich-Demokratischen Union, indem Sie seit vielen, vielen Jahren dem Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft angehören und damit sozusagen dem Herzstück der Arbeitnehmerbewegung innerhalb der Union. Über dreißig Jahre wirken Sie dort nun schon im Vorstand und Sie sind Mitglied im Bundesvorstand der CDU. Dies alles kommt nicht so häufig vor, als dass man es heute nicht erwähnen sollte. An dieser Stelle will ich für meine These werben, dass der Grundgedanke der Dachgewerkschaften und der Volksparteien nicht so weit voneinander entfernt liegt: Beide haben den Anspruch, Ansprechpartner für alle Schichten der Bevölkerung zu sein, unabhängig davon, dass sie unterschiedliche Interessen vertreten. Und dieses Erfolgsmodell, von dem wir heute sprechen, ist auch ein Erfolgsmodell dieser beiden Einrichtungen. Der Vergleich mit vielen anderen Ländern, sowohl in der Vergangenheit wie in diesen Tagen, in denen große Zweifel aufkommen, ob es angesichts der zunehmenden Pluralisierung und Individualisierung weiter „Volksmodelle“ geben wird, macht eines deutlich: Es gilt, die Grunderkenntnis zu beherzigen und umzusetzen, dass Erfolg und Zukunftsfähigkeit nicht die Addierung aller Einzelinteressen ist. Das Gemeinwohl ist mehr als die Summe aller Einzelinteressen. Und je mehr Einzelinteressen addiert werden müssen, um daraus etwas Gemeinsames, Zukunftsfähiges zu machen, umso größer ist der Aufwand und gelegentlich umso kleiner der Ertrag. Deshalb ist die Idee – und Professor Pöttering hat auf die beiden Persönlichkeiten, Konrad Adenauer und Hans Böckler, hingewiesen, die bei der Begründung der Republik und der Gewerkschaftsbewegung Pate standen – der Sozialpartnerschaft in der Sozialen Marktwirtschaft aus meiner Sicht genauso aktuell wie damals, wenngleich in veränderten Umständen.

Deshalb finde ich es so außerordentlich bemerkenswert und auch lobenswert, wenn jemand wie Sie, liebe Frau Dr. Görner, beiden Bereichen seine Kraft, seine Zeit, seine Ideen geschenkt hat und dies nach wie vor tut. Seit 2005 sind Sie Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, Sie haben hier in Hessen gewirkt, damals bei der ÖTV, insbesondere in der Zeit der Wende, als Deutschland eine ganz besonders einmalige Situation erlebte. Deshalb kennen Sie auch unsere Verhältnisse hier besonders gut und Sie haben, auch das gehört dazu, liebe

Frau Dr. Görner, die Bereitschaft gezeigt, praktische, politische Verantwortung zu übernehmen. Sie waren von 1999 bis 2004 Sozialministerin im Saarland. Sie haben dort ganz unmittelbar erfahren, dass man eine Menge Ideen haben kann, es aber am Ende immer darauf ankommt, dafür Mehrheiten zu gewinnen und Unterstützung zu organisieren. Sie haben, wie wir alle, lernen müssen, dass es das Los des politisch Verantwortlichen gelegentlich ist, dass die kleine Münze, die nach langen Bemühungen manchmal rauskommt, der Lohn für diese Arbeit ist, aber selten der Glanz des öffentlichen Beifalls. Und deshalb, liebe Frau Dr. Görner, sind Sie eine Mittlerin, eine Brückenbauerin zwischen Volksparteien – in dem Fall der Union –, zwischen den Gewerkschaften, auch Einzelgewerkschaften, aber insgesamt der Gewerkschaftsbewegung, und praktischer Politik. Und wer Sie, wie ich, gelegentlich erleben darf, der erfährt, dass Sie – und das wünsche ich Ihnen auch für die Zukunft – dabei ein fröhlicher Mensch geblieben sind. Wenn man sich überlegt: Einen solchen Spagat zu bewerkstelligen oder, wenn man es anders-herum formuliert, eine solche Brücke ständig zu bauen, das ist nicht immer einfach. Auch die Gefahr von der jeweils anderen Seite missverstanden zu werden, manchmal zufällig, manchmal gar nicht so zufällig, ist beachtlich. Es braucht dann Kraft. Es braucht Zähigkeit. Und es braucht gelegentlich auch Charme, um das zu erreichen, was man sich vorgenommen hat in seiner jeweiligen Funktion. Sie verfügen über alles in reichem Maße. Sie sind ein Vorbild für das, was ich beschrieben habe, und das hat die Jury des Preises Soziale Marktwirtschaft bewogen, Sie vorzuschlagen für die gelebte Sozialpartnerschaft als Kernelement der Sozialen Marktwirtschaft. Und deshalb glaube ich: Sie erhalten zu Recht diesen Preis! Herzlichen Glückwunsch, liebe Frau Dr. Görner!

Netzwerke sind wichtig, wenn man in einer hoch komplexen und gleichzeitig sehr vernetzten Gesellschaft etwas erreichen will. Das ist für einen Unternehmer wichtig und das ist auch wichtig in jeder anderen Funktion, die darauf angewiesen ist, dass andere mitwirken, damit man ein gemeinsames Ziel erreichen kann.

Sie, lieber Herr Dr. Kirchhoff, haben sozusagen von der anderen Seite dieses Netz ausgeworfen. Sie haben soziale Partnerschaft, Tarifautonomie, öffentliche Verantwortung auf Ihre Art in ganz herausragender Weise wahrgenommen. Sie sind auch und gerade durch Ihr persönliches Vorbild als Gesprächspartner immer außerordentlich geschätzt gewesen, nicht nur im Kreise der Unternehmer, im Kreise der Arbeitgeber, sondern

eben auch im Kreise Ihrer Partner in den Gewerkschaften und in der Politik.

Das hat wahrscheinlich damit zu tun, dass Sie ein außergewöhnlich breites Erfahrungsfeld haben. Sie haben die Welt des Arbeitnehmers bei der Deutschen Babcock AG über viele Jahre unmittelbar erlebt und ein gutes Stück geprägt, haben dabei einen beeindruckenden Aufstieg erreicht und sind wirtschaftlich außerordentlich erfolgreich gewesen. Und dann haben Sie, das darf man so formulieren, in einem Alter, in dem andere in der Regel darüber nachdenken, sich zur Ruhe zu setzen, beschlossen, noch einmal richtig durchzustarten. Sie haben 1993 den Aufbau der Unternehmen vorangetrieben, dessen 225jähriges Jubiläum, das Professor Pöttering erwähnt hat, gerade gefeiert wurde. Man muss sich vor Augen führen, in dieser Zeit, haben wir allein vier deutsche Staaten erlebt.

Aber die Tradition solcher Unternehmen ist das Eine, diese Unternehmen fortzuentwickeln und zukunftsfähig zu halten, das Andere: Es ist eine großartige Leistung, die diejenigen vor Ihnen und Sie, verehrter Herr Dr. Kirchhoff, vollbracht haben und vollbringen. Allein das ist in besonderer Weise zu würdigen.

Heute werden Sie aber deshalb ausgezeichnet, weil Sie bei Ihrem Handeln sehr früh erkannt haben, dass unternehmerisch verantwortliches Handeln mehr ist als Expansion oder Gewinnmaximierung. Es hat eine gesellschaftliche Dimension. Man kann das verfassungsrechtlich herleiten aus Art. 14 des Grundgesetzes, wonach Eigentum verpflichtet. Man kann es als schlichte Erkenntnis darlegen, dass jeder, der einigermaßen die Geschichte kennt, weiß, dass früher oder später Erfolg nur möglich ist, wenn dieser Erfolg viele Teilnehmer hat, weil es sonst zu sozialen Spannungen kommt, die ein geordnetes und vor allen Dingen ein erfolgreiches Miteinander nicht mehr möglich machen.

Das ist auch Ihre Grundüberzeugung und Sie haben seit Jahrzehnten immer wieder in verschiedenen Funktionen gesellschaftliche Verantwortung übernommen. Sie waren insgesamt 14 Jahre Präsident des Verbandes der Metall- und Elektroindustrie in Nordrhein-Westfalen und sind heute dort Ehrenpräsident. Sie haben 21 Jahre den Arbeitgeberverbänden in Nordrhein-Westfalen vorgestanden, von 1983 bis 2004, und sind dort ebenfalls Ehrenpräsident. Und Sie haben auch auf Bundesebene

immerhin 25 Jahre lang dem Präsidium des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und in gleicher Weise auch der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände angehört und waren Mitglied des Präsidiums.

Sie haben diesen Gremien und Institutionen aber nicht nur angehört; viele hier im Raum haben erleben dürfen, wie Sie diese Institutionen geprägt haben. Sie haben sich und Ihre Ideen eingebracht und stehen für das, was den Unternehmer in der Sozialen Marktwirtschaft zu einer so stilbildenden Figur macht: Ihre besondere unternehmerische Leistung haben Sie mit Begeisterung auch für die Gemeinschaft eingesetzt. Wir kennen viele, die Gemeinschaft einfordern, ihre konkrete Gestaltung aber gerne anderen, Dritten, überlassen. Wir müssen daher jene hochachten und uns bei denen bedanken, die zusätzlich zu dem, was sie höchst erfolgreich tun, auch einer sozialen Verantwortung gerecht werden. Wer diese ehrenamtliche Tätigkeit für die Sozialpartnerschaft in Deutschland so gelebt hat wie Sie, lieber Herr Dr. Kirchhoff, der hat eine Vorbildfunktion. Der steht beispielhaft dafür, dass auch aus der Unternehmerschaft herausragende Persönlichkeiten erwachsen, die das Modell der Sozialen Marktwirtschaft verkörpern. Ein Modell, das nicht nur die letzten sechzig Jahre Hervorragendes geleistet hat, sondern von dem wir glauben, dass es auch für unsere Zukunft taugen wird.

Und deshalb wiederhole ich das gerne: Ideen und theoretische Grundlagen brauchen Umsetzung und sie brauchen Vorbilder. Sie sind ein solches. Dafür danken wir Ihnen heute von Herzen. Herzlichen Glückwunsch zur Verleihung des Preises Soziale Marktwirtschaft an eine große Unternehmerpersönlichkeit und an einen Brückenbauer des sozialen und gesellschaftlichen Konsenses!

Sie, lieber Herr Riester, sind den meisten bekannt. Es ist Ihnen gelungen, dass Ihr Name ein fester Begriff geworden ist. Ich denke an einen Begriff, den wir im Duden finden können: Wenn von „Riestern“ die Rede ist, weiß jeder, was gemeint ist. Das mag Sie mit Befriedigung erfüllen, aber so, wie ich Sie kennengelernt habe, sind Sie eher ein Mann, der diese Elogien gar nicht mag. Machen Sie mir und uns die Freude und sagen Sie sich innerlich: Sie freuen sich gleichwohl, es ist einfach schön.

Es war Ihnen nicht in die Wiege gelegt, dass Sie einmal solche gesellschaftlichen Spitzenpositionen einnehmen würden in unserem Land. Sie haben eine Ausbildung als Fliesenleger hinter sich gebracht, Sie sind viele Jahre einer handwerklichen Tätigkeit nachgegangen und Sie wissen, worüber gesprochen wird, wenn von Arbeitnehmern die Rede ist. Von demjenigen, der unmittelbar an der Front des alltäglichen Lebens, mit der Hände Arbeit, aber immer auch mit dem Kopf und Verstand, sein Brot verdient.

Sie waren und sind, was man heute immer wieder einfordert: authentisch. Sie konnten aus eigenem Erleben zeigen, wie Ihr Weg selbst nach oben war: Nie ohne Brüche, immer mit großen Anstrengungen, und es gab auch Rückschläge – auch das gehört dazu. Aber ihr ganzes Leben war ein Musterbeispiel öffentlicher Verantwortung. Sie haben sich dann im Deutschen Gewerkschaftsbund in besonderer Weise engagiert, Sie haben sich einen Namen gemacht schon als Bezirksleiter in Stuttgart, und Sie waren dann natürlich in der Spitze der IG Metall eine Persönlichkeit von bundesweiter Bedeutung und weit darüber hinaus – die europäische Gewerkschaftsbewegung gehört dazu. Eine Persönlichkeit, die man nicht nur kannte, sondern die man gelegentlich auch fürchtete – je nach Blickwinkel –, denn Sie hatten die Fähigkeit, Interessen nachdrücklich zu vertreten. Sie hatten aber auch die Fähigkeit, Augenmaß zu bewahren. Und da will ich das ansprechen, was Professor Pöttering gesagt hat: Im großen Ganzen stehen Sie für eine gelebte, gute und erfolgreiche Sozialpartnerschaft. Das bedeutet nicht, dass man jeden einzelnen Abschluss loben muss, das bedeutet nicht, dass jede einzelne Maßnahme immer den Beifall aller findet, aber entscheidend ist die Richtung. Und deshalb, lieber Herr Riester, Ihre Mitwirkung über Jahrzehnte in namhaften Aufsichtsräten großer deutscher Unternehmungen, da kommt eine Menge zusammen, ob es nun Bosch war oder Daimler, Audi, Thyssen, Rheinmetall, sie haben Ihnen die Realität der Unternehmen auch von der anderen Seite vor Augen geführt und Verantwortung abgenötigt, sowohl für das Unternehmen wie aber auch für diejenigen, die Ihnen besonderes Vertrauen entgegen gebracht haben, nämlich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Sie in der Regel in den Aufsichtsräten dieser Unternehmen saßen.

Wer das nur kurze Zeit tut, kann gelegentlich Erfolge einheimsen, wer es über Jahrzehnte tut, legt Spuren. Das ist Ihnen gelungen und das wird auch der Grund gewesen sein, dass der frühere Bundeskanzler Gerhard

Schröder sich entschlossen hat, Sie in eine Spitzenposition der deutschen Politik, nämlich zum Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, zu berufen.

Sie haben dort Wegweisendes unternommen. Ich denke an das, was ich vorhin mit dem „Riestern“ belegte: Ich finde es bemerkenswert, dass ein Arbeitnehmersvertreter den Grundgedanken aufgegriffen hat, dass es in einer Gesellschaft mit vielfachem Wandel zur Sicherung des gemeinsamen und des individuellen Erfolgs auch eigener Anstrengungen bedarf. Dass diese eigene Anstrengung sich dann in einem Angebot zur Vermögensbildung im weitesten Sinne, gerade auch für das Alter, entsprechend entwickelt hat, ist ein bleibendes Verdienst und ich hoffe inständig, dass die Diskussionen dieser Tage nicht alles das wieder zurückdrehen, was eigentlich Allgemeingut war.

Sie haben nach Ihrer Ministerzeit dann als Abgeordneter des Deutschen Bundestages noch bis zum vergangenen Jahr gewirkt und die Brücke von Ihrer Eigenschaft als Arbeitnehmer, als engagierter und selbstbewusster Gewerkschafter bis hin in die höchsten Positionen politischer Verantwortung geschlagen. Ihre besondere Berufung war klar: Gerechtigkeit in einer Gesellschaft, die so im Wandel ist, immer wieder einzufordern und nach Möglichkeit dessen, was Politik dabei leisten kann, auch zu verwirklichen. Das war Ihre Grundberufung und Ihre Grundbotschaft.

Die Jury hat sich entschlossen, zwei Persönlichkeiten aus dem Bereich der Gewerkschaften und der Volksparteien auszuzeichnen und eine Unternehmerpersönlichkeit. Bei Ihnen, lieber Herr Riester, kommt eine, ich weiß nicht wie lange, aber viele Jahrzehnte währende engagierte Arbeit in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den Vorständen bis auf Bundesebene hinzu. Die Nähe zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei ist nicht ganz so überraschend wie bei Frau Dr. Görner und daher werden Sie verstehen, dass aus meiner Sicht da noch Luft ist, dass wir das vielleicht ausgleichen können.

Und wenn ich mir heute wünsche, und das gilt für Sie alle drei, dass Sie in Ihrer Arbeit, in Ihren Grundüberzeugungen und in Ihren Leidenschaften sowie in Ihrer Botschafterfunktion für die Soziale Marktwirtschaft nicht nachlassen, dann ist mit diesem Wunsch der herzliche Dank verbunden für das, was Sie bisher geleistet haben. Darauf können Sie stolz sein! Wir sind dankbar, dass Sie viele, viele Jahre im Sinne dieser

sozialen Marktwirtschaft gelebte Partnerschaft mit Sinn, Leben und mit Lebendigkeit erfüllt haben. Herzlichen Glückwunsch Ihnen allen Dreien! Meine Damen und Herren, Herr Professor Pöttering hat bereits darauf hingewiesen: Wir freuen uns darüber, dass Deutschland besser als jedes andere Industrieland dieser Erde bis jetzt aus dieser Krise herausgekommen ist. Ich zögere mit der Beschreibung, dass wir sie überwunden hätten. Wir haben ein fabelhaftes wirtschaftliches Wachstum, wir haben stabile Arbeitsmärkte. Ich freue mich ungemein, dass wir zum Beispiel hier in Hessen eine in jeder Hinsicht erfreuliche Entwicklung haben. Sie werden sich erinnern, Herr Riester, Sie kennen unsere hessischen Verhältnisse recht gut, wie lange haben wir darüber nachgedacht, dass wir in Nordhessen stabile Arbeitsplätze bekommen. Wir haben heute dort eine wirtschaftliche Dynamik, die stärker ist als im Rhein-Main-Gebiet. Wir haben heute die Situation, dass wir dort zum Teil nicht mehr die Arbeitnehmer finden, die wir brauchen. Wenn wir heute feststellen können, zum zweiten Mal jetzt, dass wir mehr Angebote an Ausbildungsstellen haben als überhaupt Bewerber, dann ist das etwas, was uns mit großer Freude erfüllen kann.

Und das hat viel zu tun mit den Dingen, die Professor Pöttering angerissen hat, mit staatlichen Maßnahmen – ich denke an Konjunkturprogramme, ich denke an die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, ich denke an Rettungsschirme und vieles andere mehr – jedes für sich im Einzelfall diskussionswürdig, in der Summe aus meiner Sicht aber ein Erfolgsmodell. Ich denke daran, dass die Unternehmer ihre Mitarbeiter nicht entlassen haben, als man von Woche zu Woche von mehr Branchen lesen musste, in denen die Aufträge zurückgegangen sind, und als uns auch alle Wirtschaftsweisen nicht ansatzweise voraussagen konnten, wo wir heute stehen. Das sagt auch etwas aus über die Prognosefähigkeit in Zeiten, in denen irgendwo alles mit allem zusammenhängt. Und dass das Ganze so erfolgreich geworden ist, hat auch zu tun mit kluger Lohnpolitik der Gewerkschaften. Das ist, glaube ich, schon ein Modell, das fußt auf den Grundüberzeugungen und Erfahrungen, die wir heute in den Mittelpunkt stellen, nämlich die Soziale Marktwirtschaft.

Meine Damen und Herren, wenn das alles so gut ist, könnten wir uns ja eigentlich zurücklehnen und sagen: Alles prima! Aber das ist nicht so! Wir haben in den letzten Jahren über nichts so intensiv reden und uns mit nichts so eingehend beschäftigen müssen wie mit der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Glücklicherweise

ist sie bei den Menschen in unserem Land so gut wie nicht angekommen, weder im Empfinden noch, Gott sei Dank, in Erschütterungen, was den Arbeitsmarkt angeht. Gleichwohl ist eine Menge passiert! Wenn wir Veränderungen erfolgreich bewältigen wollen und wenn wir für das Modell der Sozialen Marktwirtschaft auch heute werben wollen, dann müssen wir auch sensibel sein für das, was geschehen ist. In einer Gesellschaft, in der viele Menschen Umbrüche spüren, in denen Unsicherheiten zunehmen, in denen globale Herausforderungen und Veränderungen nicht als Chance, sondern in der Regel als Risiko und gelegentlich als Bedrohungen empfunden werden, suchen die Menschen Orientierung. Sie suchen Halt, sie suchen eine Wegweisung, einen roten Faden in diesem unglaublichen Gebräu dessen, was tagtäglich auf sie einströmt. In einer Zeit, in der Raum und Zeit durch das digitale Zeitalter im Regelfall aufgehoben werden, indem wir digitale Parallelwelten haben, indem eine junge Generation völlig anders lebt und kommuniziert als das über viele Jahre zuvor noch der Fall war, haben Sie eine Informationsflut, die auf die Menschen niedergeht. In einer solchen Situation hat häufig nur das besonders Schreckliche, das besonders Komische, jedenfalls das Außergewöhnliche überhaupt eine Chance, wahrgenommen zu werden. Und das Außergewöhnliche, gerade wenn wir über eine solche Krisenbewältigung reden, ist doch, dass viele Menschen nicht verstehen konnten, was da passiert ist. Denn alles das, was bisher galt, war plötzlich hinweg gefegt worden, wenn wir über Größenordnungen reden müssen von Hunderten von Milliarden Euro, die kein normaler Mensch sich mehr vorstellen kann. Und wenn wir gleichzeitig plausibel erklären sollen, dass wir sparen müssen, damit wir unsere Zukunft nicht verfrühstücken.

Und wir diskutieren in der Kommune, im Land, im Bund, überall über die Frage: Könnten wir nicht Dinge, die durchaus wünschenswert sind, vielleicht noch besser machen, noch schöner gestalten? Und dann haben Sie auf der einen Seite 500 Milliarden Euro für Rettungspakete und auf der anderen Seite eine Diskussion, die sich um fünf Euro für Hartz-IV-Empfänger dreht. Beides ist in der Verkürzung kein Beitrag zur Sache, erhellt aber das Problem. Sie brauchen, wenn Sie vor solchen Herausforderungen stehen, Wegweiser. Sie brauchen eine Linie und Sie brauchen Vertrauen. Vertrauen ist die wichtigste Währung für eine Gemeinschaft. Denn nur, wenn Sie Vertrauen haben, das gilt für ein Unternehmen – wenn Ihre Kunden zu Ihnen kein Vertrauen haben, können Sie nicht erfolgreich sein; das gilt auch für Gewerkschaften – wenn die Arbeitnehmer kein Vertrauen haben in die, die sie führen. Und das gilt

allemaal für die Politik und unsere Gesellschaft insgesamt – wenn dort kein Vertrauen mehr ist, werden sich die Menschen abwenden. Im schlimmeren Fall werden sie zu Extremen neigen oder sie werden sich zurückziehen in ihre private Welt, sie werden frustriert sein, sie werden sagen, dass sie das alles nicht mehr verstehen und sich im Grunde genommen nicht mehr angenommen und aufgenommen fühlen.

Und genau in einer solchen Situation ist es notwendig, dass wir gelegentlich daran erinnern, was denn dieser rote Faden sein könnte, wo diese Orientierung ist. Aus meiner Sicht ist das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft selten so erforderlich gewesen wie jetzt. Denn auch, wenn wir die Krise im Ökonomischen zu einem guten Teil überwunden haben, die Krise des Vertrauens haben wir keineswegs überwunden. Und deshalb ist die Wiederherstellung des Vertrauens die wichtigste Aufgabe, der wir uns zu stellen haben. Denn eines muss man doch deutlich sagen: Die Bürgerinnen und Bürger haben kein großes Zutrauen in Politik, das beklagen wir, wir halten es auch für ungerecht, aber es ist die Realität. Gleichwohl erwarten sie aber nahezu alles von der Politik. Und gerade in der Krise ist der Staat sozusagen als letzte Handlungsinstanz von allen Seiten herbeigewünscht worden. Darüber sollten wir uns keinen Illusionen hingeben. Und deshalb hat diese Finanzkrise, ausgelöst durch vielfache Ursachen und letztlich durch Missachtung des Grundgedankens der Sozialen Marktwirtschaft, tiefe Spuren hinterlassen, Spuren, die das Vertrauen erschüttert haben, die die Erwartungshaltung an Politik aus meiner Sicht völlig überhöht haben und die gleichzeitig das Vertrauen in die Lösungskompetenz von Politik noch einmal erschüttert haben. Das ist die Situation, in der wir uns befinden.

Wir können den Menschen nicht vorwerfen, dass sie viele Entwicklungen nicht verstehen. Wie soll man verstehen, was da passiert? Ich komme gerade von der Einweihung des neuen Gebäudes der Börse. Der klassische Börsentag mit dem Parkett und den Brokern, die sich die entsprechenden Zahlen zuwerfen, und die Aufträge – das ist alles Steinzeit. Es ist heute rund um die Uhr alles digitalisiert, computergesteuert, und wenn Sie vor zwanzig Jahren jemandem gesagt hätten, es sei für uns von allergrößter Bedeutung, was in China passiert, er hätte Sie verwundert angeschaut. Heute wissen das die Menschen. Sie wissen nicht genau, wie das alles zusammenhängt, aber sie verstehen, dass Entwicklungen auch in fernen Welten Bedeutung für uns haben.

Und das zusammen zu bringen in einem Ordnungsmodell und dem Ganzen eine Richtung zu geben, auch wieder Vertrauen zu finden – das vermag in ganz besonderer Weise das Modell der Sozialen Marktwirtschaft, das letztlich auch das Modell der Sozialpartnerschaften ist. Wir müssen gelegentlich daran erinnern, dass nicht der maximale Gewinn der Grundgedanke der Marktwirtschaft und schon gar nicht der Sozialen Marktwirtschaft war und ist. Ludwig Erhard hat schon 1948 formuliert: „Die Soziale Marktwirtschaft ist nicht das Spiel der freien Kräfte, sondern die sozial verpflichtete Marktwirtschaft hat das Ziel, das Individuum wieder zur Geltung kommen zu lassen, die die Persönlichkeit und den Wert der Persönlichkeit oben an stellt. Einfacher ausgedrückt: den Mensch im Mittelpunkt.“

Wenn wir immer sagen, es müsse die Grundlage unseres Handelns sein, dass der Mensch im Mittelpunkt all dessen stehe, was wir tun, dann müssen wir natürlich auch dafür sorgen, dass es nicht nur bei diesem Anspruch bleibt, sondern dass daraus auch gelebte Realität wird, die die Menschen erfahren. Und diese gelebte Realität kann man auch umschreiben mit Gemeinwohl, und dieses Gemeinwohl ist eben mehr als die Summe aller Einzelinteressen. Und Politik ist nicht die Bedienung von Einzelinteressen, sondern Politik ist immer der Versuch, Menschen zu verantwortungsvollem Handeln für sich und für die Gemeinschaft zu ermutigen. Wir wollen ermuntern, einen Rahmen geben, in dem der Einzelne sich entfalten kann, in der, wenn man es so formulieren will, sittlichen Verantwortung nach Kant, das heißt nicht nur für sich, sondern auch für die anderen. Diesen Raum zu geben als Ordnungsmodell, das leistet die Soziale Marktwirtschaft. Sie leistet es jedenfalls besser als alle anderen Modelle, die wir bisher erlebt haben. Viele sind daher gekommen, haben den Menschen eine glückliche, eine verheißungsvolle Zukunft versprochen und sind in aller Regel gescheitert.

Und das, meine Damen und Herren, was aus meiner Sicht hier ebenfalls hinzu gehört, ist die Leidenschaft, Dinge voranzubringen, verbunden mit der Neigung grob zu verkürzen und sich auf Schlagworte zu reduzieren. Eine Wirtschaftsordnung kann von der Gesellschaftsordnung sinnvollerweise nicht getrennt gedacht werden. Beides ist unauflösbar miteinander verbunden. Und schon Walter Eucken wusste, dass eine Wirtschaftsordnung, die auf die Eigenverantwortlichkeit und dezentrale Marktmechanismen setzt, ihre demokratisch verfasste Entsprechung in einer pluralen Demokratie finden muss.

Und das gilt auch umgekehrt. Wir müssen uns fragen, ob wir die klugen Instrumente haben, um diesem Gebot der Gerechtigkeit Folge zu leisten. Dieser Begriff kommt häufig daher, gelegentlich als Schlagwort, meistens verkürzt, aber ich will mich ausdrücklich dazu bekennen: Es ist ein Gebot für all diejenigen, die in dieser Gesellschaft Verantwortung tragen, dass wir immer wieder danach streben müssen, den Begriff der Gerechtigkeit auch mit Leben zu erfüllen. Umgekehrt gilt allerdings auch: Gerechtigkeit wird häufig auch verstanden als Zwang zur Gleichheit. Gleichheit ist nicht gleichbedeutend mit Gerechtigkeit. Diese Verwechslung ist häufig eine Einladung zu einem Ruf nach Dirigismus durch den Staat nach dem Motto, er müsse handeln im Sinne der Gerechtigkeit, und gelegentlich kommt die kleine Münze der Gleichheit dabei heraus.

Gleichheit ist nicht das Idealziel einer demokratischen und lebenswerten Gesellschaft, sondern Chancengerechtigkeit. Und dieser Abwägungsprozess muss immer wieder neu durchgeführt werden, er muss immer wieder neu ausgewogen werden, und er ist keineswegs leicht. Gleichzeitig gilt: Dieser Staat steht als Sozialstaat nicht zur Disposition. Wir sind, bei aller Anpassungsnotwendigkeit, weiterhin den Schwachen verpflichtet. Das kann aber nicht bedeuten, dass staatliche Fürsorge zum Anlass genommen wird, von der Wiege bis zur Bahre den Staat zur Lösung aller Probleme aufzufordern. Selbstverantwortung und Eigeninitiative sind die Grundlage selbstbestimmten Lebens und auch die Grundlage einer Sozialen Marktwirtschaft.

Die Hilfe für die Schwachen zu garantieren, die Solidarität durch die Starken einzufordern und die Anerkennung für die Leistungsträger und die Tüchtigen, das gehört zusammen. Leistung und Solidarität sind keine Gegensätze, sondern sie bedingen einander. Nur dort, wo Leistung sich entfalten kann, besteht die Möglichkeit, praktische Solidarität zu üben. Und wenn das mehr sein soll als nur Wortgeklingel, dann muss es auch mit Leben erfüllt werden. Und genau hier ist wieder ein besonderer Platz für die Sozialpartnerschaft. Das galt bisher, das gilt heute und nach meiner festen Überzeugung wird es auch in der Zukunft ein Modell sein, das wir weiter pflegen und gelegentlich auch weiter empfehlen sollten.

Ich empfinde diesen Preis und diese öffentliche Auszeichnung auch als Werbung für die Soziale Marktwirtschaft; sie ist Anerkennung für die Preisträger und ihr Lebenswerk, sie ist aber auch der Versuch, diese Botschaft wieder neu in die Gesellschaft zu tragen.

Sie, sehr verehrte Frau Dr. Görner, Sie, lieber Herr Dr. Kirchhoff, und Sie, lieber Herr Riester, Sie stehen heute im Mittelpunkt! Sie sind diese Vorbilder. Sie sind Brückenbauer. Wir brauchen Sie auch in Zukunft. Und wir brauchen noch ganz viele Menschen, die, wenn eine Welt sich sehr schnell verändert, wenn Milieus sich auflösen, wenn Gruppeninteressen gelegentlich überhand nehmen, dieses Erfolgsmodell des Gemeinwohls in die Zukunft tragen.

Zukunft, meine Damen und Herren, hat nur der, der zukunftsfähig ist. Und zukunftsfähig ist nur der, der nicht nur die Probleme beschreibt, sondern auch eine Vorstellung hat, wie wir sie erfolgreich lösen. Die Vorstellung der Sozialen Marktwirtschaft ist – bei allem Wandel der Zeiten – heute genauso modern wie vor sechzig Jahren. Deshalb gratuliere ich Ihnen nicht nur zu dieser Auszeichnung, sondern ich möchte uns alle auffordern, gelegentlich deutlich zu sagen, warum dieses Land auch so erfolgreich geworden ist. Und wenn wir zurück blicken, dann nicht zur Betrachtung rührseliger Vergangenheit, sondern um gelegentlich eine Begründung für die Frage zu haben, wo wir heute stehen. In diesem Sinne herzlichen Glückwunsch uns allen und diesem Land!

WORTE DER PREISTRÄGERIN

Regina Görner

Lieber Herr Ministerpräsident,
lieber Herr Pöttering,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Das ist für mich eine merkwürdige Erfahrung. Sie verleihen mir heute den „Preis Soziale Marktwirtschaft 2010“, obgleich es doch Zeiten gab, in denen man für das Engagement zugunsten der Sozialpartnerschaft in der Gesellschaft und auch in der CDU nicht ausgezeichnet, sondern eher ausgelacht wurde. Wenn dieser Preis ein Zeichen für einen Wandel ist, dann freut mich das natürlich sehr!

Ich bin vor langer Zeit der Union nicht zuletzt wegen des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft beigetreten. Ich denke, dass die wahre Soziale Marktwirtschaft – und nicht alles, was unter diesem Etikett gelaufen ist, ist die wahre Soziale Marktwirtschaft –, dass diese wahre Soziale Marktwirtschaft auch für die Zukunft die richtigen Antworten liefern kann. Aber es müssen natürlich auch die richtigen Fragen gestellt werden. Ich will die Gelegenheit nutzen, ein paar dieser Fragen anzureißen, ohne dass ich auf alle bereits eine schlüssige Antwort hätte.

Soziale Marktwirtschaft betont, dass der Staat die Rahmenbedingungen für den Markt setzen muss. Wie erreicht man das in einer globalisierten Ökonomie? Die Finanzkrise hat jedenfalls gezeigt: es geht nicht ohne. Aber wer widmet sich der Ordnungspolitik in diesem globalen Feld? Und es geht da nicht nur um die Finanzmärkte; auf den Gütermärkten sieht es ja nicht besser aus. Ich nenne nur das Stichwort „Rohstoffe“ oder „Sozialpartnerschaft“.

Der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist ja in der Sozialen Marktwirtschaft nicht aufgehoben, wenngleich beide Sozialparteien doch auch ein gemeinsames Interesse haben: Das Interesse am Unternehmen, am Betrieb, an dessen langfristigem Erfolg. Wenn immer mehr Arbeitnehmer allerdings keine rechtliche Bindung an das Unternehmen, in dem sie arbeiten, mehr bekommen – Stichwort: Leiharbeit oder Werkvertragsarbeit –, wo bleibt dann die Basis für Partnerschaft?

Oder auf der Gegenseite, der Kapitalseite: Das Prinzip des „shareholder value“ entspricht nicht dem Bild, das sich die Väter der Sozialen Marktwirtschaft vom Unternehmen gemacht haben. Will man es fördern oder begrenzen? Will man wirklich Unternehmen, die nur noch Rechte, Lizenzen, Patente vermarkten und Arbeitnehmer nur noch wie Rohstoffe einkaufen?

Kurzfristorientierung ist nicht allein ein Problem der Banken, sondern auch anderer Bereichen der Wirtschaft. Was sichert die langfristige Orientierung der Unternehmen?

Und was ist mit dem starken Staat, den die Soziale Marktwirtschaft einfordert? Kann er Subsidiarität überhaupt noch praktizieren? Denn dazu gehört nicht nur das Eröffnen von Gestaltungsmöglichkeiten für die kleineren Einheiten, sondern auch die aktive Unterstützung dieser kleinen Einheiten und die bewusste Übernahme der Aufgaben, bei denen der Markt versagt. Frau Roth hat eben am Beispiel ihres Handlungsfeldes auf die Problematik hingewiesen. Ich habe große Zweifel, ob die Schuldenbremse dem Staat die Handlungsfähigkeit wieder gibt, die er nach der Theorie der Sozialen Marktwirtschaft braucht.

Und wie sieht es mit der Umsetzung des Prinzips ausgewogener Machtverteilung aus? Es wird viel geredet über Gegengewichte, über Widerlager, die der Vermachtung der Märkte entgegen wirken. An diesem

Punkt, meine Damen und Herren, sehe ich nicht nur die Frage, sondern auch eine Antwort: das Prinzip der Mitbestimmung, die auch zum Proprium der Sozialen Marktwirtschaft gehört. Mehr Mitbestimmungsrechte für die Beschäftigten in den Unternehmen, die im Übrigen – anders als gelegentlich die finanzmarktgetriebenen Geschäftsleitungen – das langfristige Unternehmensinteresse per se repräsentieren. Hier wäre, meine Damen und Herren, so ein Gegengewicht, das es zu stärken gilt.

Ich freue mich sehr, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung die Debatte um die Soziale Marktwirtschaft wieder anfachen will. Und ich ermutige sie ganz ausdrücklich dazu, sich dabei auch den unangenehmen Fragen zu stellen. Ich bin davon überzeugt, dass die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auch dafür Lösungen hergeben. Und dass die Sozialpartner und insbesondere die Gewerkschaften dabei eine wichtige Rolle spielen können, davon bin ich überzeugt.

Ich danke herzlich für diese Auszeichnung. Ich nehme sie gern an als Ausdruck des Stellenwerts, den Sie unserem gewerkschaftlichen Engagement entgegenbringen.

WORTE DES PREISTRÄGERS

Walter Riestler

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
Herr Professor Pöttering!

Als mich Franz Schoser vor kurzem anrief und mir die Überlegungen der Jury Preis Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung mitteilte, da war ich – das wird Sie nicht überraschen – überrascht. Ich habe Franz Schoser gefragt: Was bewegt die Konrad-Adenauer-Stiftung, ausgerechnet mich, einen ausgewiesenen Sozialdemokraten, zu ehren? Er hat mir das sehr schnell beantwortet, er hat gesagt: Wissen Sie, es geht im Kern um Ihre Wirkung als sozialparterschaftlicher Tarifverhandler.

Dann habe ich mich selber gefragt: Kann ich vor so etwas bestehen? Ich habe vor kurzem – das ist jetzt schon ein Jahr her etwa – in meinem Wahlkreis bei einem Kaminesgespräch zu jungen Unternehmern gesprochen. Die hatten sich gut vorbereitet und sagten: Wir haben uns mit Ihrer Vita beschäftigt. Im Allgäu geboren, Fliesenleger, zwölf Jahre gearbeitet, Meisterprüfung. Sagen Sie mal, was ist passiert, dass Sie nicht in der CSU sind? Meine Damen und Herren, darüber werde ich jetzt nicht sprechen, weil mir natürlich zu Recht die Stiftung eine andere inhaltliche und auch zeitliche Vorgabe gemacht hat. Ich verspreche Ihnen, es würde Sie nicht langweilen. Aber ich habe mich selbst gefragt: Was ist mit dir passiert?

Vor fast 41 Jahren habe ich hier in Frankfurt nach meiner Meisterprüfung die Akademie der Arbeit besucht. Wenn Sie sich ein bisschen in diese Zeit hinein versetzen, 1969/70, – ich gestehe Ihnen: Sozialpartnerschaft war kein Begriff, der gut angesehen war. Aufgewühlt durch die Stimmung in der Akademie der Arbeit, in der Bewegung dieser Stadt, habe ich dann bei der Gewerkschaft mit der Jugendarbeit begonnen. Und wieder kann ich Ihnen sagen: In der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, und insbesondere in der meiner IG Metall, war der Begriff der Sozialpartnerschaft wie auch das Lernfeld dafür nicht ausgeprägt.

Was also bewegt Einen, eine Entwicklung zu machen, die letztlich zu einer solchen Auszeichnung führen kann? Ich glaube, eine wichtige Etappe war, als Franz Steinkühler mich zehn Jahre nach meiner gewerkschaftlichen Jugendarbeit gebeten hat, nach Stuttgart zu kommen und dort Tarifpolitik zu übernehmen. Zwei wichtige Lernprozesse, die sich bei mir vollzogen haben, waren: In der Tarifpolitik kannst du der Wirklichkeit nicht ausweichen. Du stellst dich dieser Wirklichkeit, du veränderst sie und lernst, dem Kompromiss den Ruch des Faulen zu nehmen und zu verstehen, dass der Kompromiss die machbare Ausgangsposition für weiteres Handeln ist. Du erläuterst das auch. Das war, glaube ich, für mich ganz wichtig in diesen – wie Herr Ministerpräsident Bouffier zu Recht geschildert hat – Brüchen eines Lebens.

Lassen Sie mich Ihnen so ein Schlüsselerlebnis skizzieren, das mich sehr geprägt und sehr nachdenklich gemacht hat. Es war, glaube ich, der schärfste Tarifkonflikt, den wir in der Nachkriegszeit in Baden-Württemberg hatten. Die Gewerkschaften strebten die 35-Stunden-Woche an. Ich war damals der zuständige Tarifsekretär. Ich habe in den „Verhandlungen“ kein Verhandeln erlebt, sondern eine Begegnung der Sprachlosigkeit, trotz vieler Worte. Meine Gewerkschaft war sich ganz sicher: die 35-Stunden-Woche und keine Stunde mehr. Die Arbeitgeberseite war sich auch ganz sicher: keine Minute unter vierzig Stunden. Und in dieser vermeintlichen Sicherheit auf beiden Seiten war die Sprachlosigkeit riesig. Ich erinnere mich gut. Als ich in der letzten Verhandlungsrunde in Baden-Württemberg anregte, einen Stufenplan einzubringen, stieß ich auf Widerstand bei meinem eigenen Vorstand, aber natürlich auch auf absoluten Widerstand der Arbeitgeberseite. In dieser Sprachlosigkeit gingen wir in den Arbeitskampf, der viele, viele Menschen gefordert hat, diesem Land auch viel Aufruhr gebracht hat. Professor Rütters wird selten erwähnt und hat Großes geleistet damals in der Schlichtung,

die Leber-Schlichtung hieß. Ich hatte damals in der Schlichtung die Position der IG Metall zu vertreten. Ich stand auf einmal vor einem Ergebnis, das sehr viel Unsicherheit ausgelöst hat. Ein Einstieg in die Wochenarbeitszeitverkürzung und eine starke Flexibilisierung der Arbeitszeitgestaltung. Zwei Elemente, die Teil eines Kompromisses waren. Und keiner wusste: wie geht das aus? Ich erinnere mich noch gut an diese Nacht, als wir in der kleinen Tarifkommission darüber sprachen und wie teilweise beschwörend gesagt wurde: das kannst du nicht machen! Doch! Wir mussten es machen. Ich habe gemerkt, auch in der Umsetzung des Tarifergebnisses, dass diesem Kompromiss nicht der Ruch des Faulen anhing, sondern der Einstieg in eine Arbeitszeitverkürzung und -flexibilisierung.

Ich hatte damals meinem Bezirksleiter Ernst Eisenmann nach zwei Wochen des Nachdenkens Folgendes vorgeschlagen: Wir laden Hans Peter Stihl und Herfried Heisler, damals Hauptgeschäftsführer des Verbands der Metallindustrie Nord-Württemberg/Nord-Baden ein, und zwar ohne ein konkretes Gesprächsziel, mit dem Ausgangspunkt für wiederkehrende Gespräche, die sehr, sehr wichtig waren, die eine Sprachlosigkeit überbrückt haben. Die Sprachfähigkeit, die sich so entwickelt hat – alle drei Monate hatten wir uns getroffen – war gleichzeitig ein Lernmoment, die jeweilig andere Seite zu verstehen. Das war für mich ein wichtiger Lernprozess, und aus dem Lernprozess heraus, war eines meiner ersten Anliegen als ich Bezirksleiter war, dem damals neuen Verhandlungsführer von Nord-Württemberg/Nord-Baden, Dieter Hundt, dieses Gesprächsangebot zu machen. Aus diesem dauerhaften Dialog hat sich eine nächste Ebene des Verstehens und des Vertrauens entwickelt. Eine Ebene, die ganz zentral wichtig ist in der Letztentscheidung einer Tarifbewegung. Und es hat sich entwickelt das Verstehen, auch um die Zwänge, Möglichkeiten und Grenzen des Partners.

Das sind Lernprozesse, die wir zu Recht mit Brüchen aufzeichnen, aber ich kann Ihnen sagen: Zu meinen unterschiedlichen Entwicklungen und Brüchen stehe ich, sie sind Teil meines Lebens. Erst dann habe ich – nach persönlichen Erfahrungen, nach persönlichen Prägungen – in den Brüchen unserer Gesellschaft auch erlebt, was das Zusammenwirken der gesellschaftlichen Kräfte, auch der Tarifvertragsparteien an neuen Möglichkeiten eröffnen kann.

Die Erschütterungen der Finanzkrise und der ausgelösten Wirtschaftsprobleme ist zwar global und in einer Tiefe, wie wir es bisher nicht erlebt haben, aber in der Krisensituation nicht einzigartig. Wir haben mehrere Etappen gemeinsam bewältigt. Ich kann nur bitten darüber nachzudenken, wie sich die Bedingungen für diese Politik auch ständig verändern. Dass alte Rezepte, auch wenn sie sehr erfolgreich waren, nicht der Garant sind, neue Herausforderungen unter völlig veränderten Bedingungen zu lösen. In diesem Verständnis habe ich mir dann selber gesagt: Gut, wenn die Stärke der Konrad-Adenauer-Stiftung ist, einen ausgeprägten Sozialdemokraten zu ehren, dann empfinde ich das wirklich als eine sehr starke Sache. Vielleicht wird meine Friedrich-Ebert-Stiftung in einer ähnlichen Situation mal ähnlich reagieren – im Kern natürlich auch eine absolut richtige Entscheidung, weil die politischen Stiftungen – was nicht jeder weiß – ja auch in ganz erheblichem Maße steuerfinanziert sind und nicht die Aufgabe haben, Parteipolitik zu machen. Das muss immer wieder erwähnt werden. Insofern möchte ich mich bedanken und nehme die Ehrung an und freue mich. Herzlichen Dank!

WORTE DES PREISTRÄGERS

Jochen F. Kirchhoff

Lieber Herr Pöttering, lieber Herr Odewald,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Tatsache, dass ich Gelegenheit habe, nach Regina Görner und nach Walter Riester zu sprechen, begrüße ich sehr, denn es gibt mir die Möglichkeit, lieber Herr Riester, insbesondere Ihnen gleich noch einige Worte des Dankes zu sagen, über eine, wie ich meine, ganz hervorragende Zeit der Zusammenarbeit, die wir – die Schwaben in Stuttgart und die Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf – miteinander gehabt haben. Wir haben uns dabei gut kennen gelernt und ich habe Sie als einen Pragmatiker unter den Tarifpolitikern schätzen gelernt. Wir haben vieles gemeinsam gemacht. Sie erwähnten meine Freunde Hans Peter Stihl und Herfried Heißler und natürlich Dieter Hundt, mit dem Sie manche Kuh vom Eis gezogen haben, wie wir das damals genannt haben. Ich komme gleich noch darauf zurück.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zunächst sagen, dass diese heutige Auszeichnung für mich eine große Freude und besondere Ehre ist. Denn ich empfinde diesen Preis der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Erinnerung an unseren hochgeschätzten ersten Bundeskanzler, den großen Europäer Konrad Adenauer, zugleich als eine weitere Verantwortung und Verpflichtung für kommende, für neue Aufgaben, denen

ich mich stellen möchte. Ich sehe diese Auszeichnung auch als eine Ehrung aller Unternehmer und hier insbesondere der Familienunternehmer in Nordrhein-Westfalen, für die ich ja in den Arbeitgeberverbänden – Herr Ministerpräsident hat das erwähnt – über zwei Jahrzehnte tätig sein durfte.

Ich erinnere mich, lieber Herr Riester, lebhaft an die Tarifverhandlungen der Achtziger und Neunziger Jahre und – solange war ich im Amt – auch der ersten Hälfte der Jahre des neuen 21. Jahrhunderts, als es um Wochenarbeitszeit, um Urlaubsverlängerung und oft auch um ansehnliche Lohnerhöhungen ging. Dabei war es so, dass die gegensätzlichen Erwartungen der Mitglieder beider Tarifparteien zu Beginn der Tarifverhandlungen und – das ist wohl immer schon so gewesen – meist sehr viel höher waren als die realistischen Möglichkeiten der verantwortlichen Verhandlungspartner.

Nach der Wiedervereinigung öffneten sich die Grenzen unseres Staates mehr und mehr durch die Gründung der Europäischen Union im Westen und durch den Zerfall der Sowjetunion und des Warschauer Paktes im Osten. Die Globalisierung und der rasch zunehmende internationale Wettbewerbsdruck erhöhten die Probleme der Arbeitgeber, ihre Kosten im Griff und – so müssen wir unbedingt immer im Zusammenhang hinzufügen – alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen weiter an Bord zu halten. Das führte in den neunziger Jahren zu großen Spannungen zwischen den Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden. Viele von Ihnen, meine Damen und Herren, werden das gar nicht mitbekommen haben. Diese Auseinandersetzung gipfelte in dem Tarifabschluss für die Metall- und Elektroindustrie von 1995. Dabei kam es unter Arbeitgebern zu offenen Vorwürfen angeblicher Kumpanei und Duzbrüderschaft zwischen den Verhandlungsführern der Tarifparteien, die selbstverständlich jeder sachlichen Grundlage entbehrten und sich in ihrer Absurdität schließlich gegen diejenigen richteten, die sie in die Welt gesetzt hatten.

Meine Damen und Herren, es ist nicht davon auszugehen, dass angesichts der maßvollen Tarifabschlüsse der letzten Jahre und wegen des zunehmenden internationalen Wettbewerbs die Pragmatiker – zu denen wie schon gesagt Walter Riester zählte – unter den Tarifpolitikern weitgehend die Oberhand gewonnen hätten. Ich denke, nur Sozialromantiker können annehmen, dass sich der Gegensatz zwischen den Entgeltinteressen der Arbeitnehmer und denen der Arbeitgeber irgendwann in Wohl-

gefallen auflösen wird. Gerade in einer Sozialen Marktwirtschaft wird der Preis der Arbeit auch weiterhin in harten Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften zu finden sein und in der Metallindustrie, lassen Sie mich das so sagen, wird es den Eigenarten des Materials entsprechend auch in Zukunft immer mal wieder kräftig scheppern.

Ich gebe aber die Hoffnung nicht auf, dass Warnstreiks und andere demonstrative Maßnahmen nicht mehr wie Folklore zu jeder Auseinandersetzung gehören müssen. Vielmehr sollten sich die Kontrahenten sachlich, auf Augenhöhe und während der Friedenspflicht möglichst hinter den Kulissen um eine angemessene Lösung bemühen. Walter Riester hat Beispiele dafür genannt und ich freue mich, dass in diesem ja noch krisengeschüttelten Frühjahr 2010 in der Metall- und Elektroindustrie in meinem Heimatland, in Nordrhein-Westfalen, das auch vorbildhaft gelungen ist. Wenn Tarifautonomie gemeinsames Krisenmanagement verlangt, bedarf es keines Theaterdonners.

Meine Damen und Herren, ich bin schon ein wenig stolz darauf, dass den Tarifparteien in Nordrhein-Westfalen dieser Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie im Frühjahr 2010 gelungen ist in einem für die Branche ungewohnten Verfahren, und zwar in Sondierungsgesprächen, lautlos vorbereitet, und der bundesweit übernommene Abschluss zu einem Ausgleich zwischen dem dringend notwendigen Krisen- und Kostenmanagement, dem Erhalt der Arbeitsplätze und den Entgelterwartungen der Arbeitnehmer geführt haben.

Und es ist für mich kein Zufall, dass dieser viel beachtete Abschluss in Nordrhein-Westfalen zustande kam, denn wir haben in diesem Bundesland seit vielen Jahren einen besonderen Stil im Umgang der Tarifvertragsparteien entwickelt und gepflegt. Man hört einander zu und arbeitet ohne ideologisch bedingtes Misstrauen an der Lösung der Probleme. Ich möchte sagen dürfen: dieses NRW-Klima, das hat sich auch im Jahre 2010 bewährt, wo wir noch die Ausläufer der Krise zu spüren bekamen, und es wird sich, so bin ich überzeugt, auch in wirtschaftlich besseren Zeiten bewahren lassen.

Wir möchten, dass es überall da, über die Tarifpolitik hinaus, zu einer intensiveren Kooperation zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften kommt, wo sich doch eigentlich gemeinsame Interessen ergeben, wie

zum Beispiel in der Industriepolitik, der Infrastrukturpolitik, der Energiepolitik oder bei der Integration bestimmter Gruppen.

Meine Damen und Herren, für mich und meine Söhne hat vor allem auch die Sozialpartnerschaft in den Betrieben einen besonderen Stellenwert und sie hat sich auch in unserem inzwischen international aufgestellten Familienunternehmen in langer Tradition bewährt. Hier möchte ich einen Gedanken des Ministerpräsidenten Bouffier aufgreifen: Wir sehen unser Unternehmen nicht als eine private Veranstaltung, sondern als eine gesellschaftliche Aufgabe.

Meine Damen und Herren, wir konnten in unserem Stammhaus, das wurde eingangs erwähnt, vor vier Wochen im Beisein der Bundeskanzlerin unser 225-jähriges Jubiläum feiern, und dabei konnten wir zum Beispiel auch darauf verweisen, dass schon unsere Vorfahren im Jahre 1855 für alle Mitarbeiter eine betriebliche Kranken- und Unterstützungskasse gegründet haben – fast 30 Jahre vor der gesetzlichen Einführung der staatlichen Krankenversicherung durch den damaligen Reichskanzler Otto von Bismarck.

Im Ersten Weltkrieg hat mein Großvater zusätzlich eine Stiftung errichtet zur Unterstützung der Familien von Betriebsangehörigen, die durch Verwundung, Kriegsgefangenschaft und andere Umstände in Not geraten waren. Später wurden Beihilfen zum Studium von Fremdsprachen und Stipendien für bedürftige Studenten an Universitäten und technischen Hochschulen gewährt.

Diese, durch zwei Inflationen entwertete, von meinem Vater aber aufrecht erhaltene Stiftung habe ich in den letzten Jahren ausgeweitet und auf ein neues breiteres Fundament gestellt. Die Zweckbestimmung gilt heute den Gebieten Bildung, Kultur, Sport und soziale Leistungen für die Betriebsangehörigen an unseren deutschen Standorten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich ein Beispiel schildern aus der jüngsten Zeit, da haben meine Familie und unser Betriebsrat ein sehr anrührendes Erlebnis gehabt, das für uns eine besondere Bestätigung gelebter Sozialpartnerschaft bedeutet: Eine ehemalige Mitarbeiterin, die bei uns die kaufmännische Lehre gemacht hat und bis zu ihrer Erkrankung siebzehn Jahre Vorsitzende unseres Betriebsrates war, dabei auch einige Jahre dem Bundesvorstand der IG Metall in Frankfurt angehörte,

ist im Juni diesen Jahres im Alter von nur 55 Jahren an einem unheilbaren Leiden verstorben. Sie teilte mir zwei Monate vor ihrem Tode mit, dass sie von ihren Eltern ein Vermögen von fast einer Million Euro geerbt hatte. Neben ihrer Mutter sei unsere Firma in den 37 Jahren ihrer Betriebszugehörigkeit immer ihre eigentliche Familie gewesen. Sie fragte mich, ob sie eine Zustiftung zu unserer im Unternehmen bereits existierenden Stiftung machen könne. In einem ergreifenden Gespräch habe ich mit ihr dann die Einzelheiten dazu erarbeitet und dabei legte sie Wert darauf, dass neben den aktiven Betriebsangehörigen künftig auch die Rentnerinnen und Rentner bedacht werden sollten, zum Beispiel für Gesundheitskosten, die von der staatlichen Krankenversicherung in Zukunft wahrscheinlich nicht mehr vollständig abgedeckt werden können.

Meine Damen und Herren, ich habe einen ähnlichen Fall in Deutschland bisher nicht kennen gelernt. Sie können sich vorstellen, wie glücklich wir über einen solchen Beweis guter Zusammenarbeit gewesen sind.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss der Hoffnung Ausdruck geben, dass unser deutsches Modell der Sozialen Marktwirtschaft mit dem Kernbestandteil sozialer Partnerschaft im Betrieb und zwischen den Tarifparteien sich zunehmend – auch dieser Gedanke wurde schon angesprochen – weltweit verbreiten und dabei eines Tages zu einem weitgehend globalen Modell werden möge. Kardinal Reinhard Marx, Erzbischof von München und Freising, hat uns kürzlich auf einem Unternehmertag in Düsseldorf aufgefordert, wir mögen uns künftig für eine soziale globale und, wie er betonte, für eine gleichzeitig wettbewerbsfähige Soziale Marktwirtschaft einsetzen. Mein Wunsch, meine Damen und Herren, ist es am heutigen Tage, dass wir in Deutschland das als Arbeitgeber auch gemeinsam mit den Gewerkschaften tun können. Ich danke Ihnen!

HERAUSGEBER UND AUTOREN

Volker Bouffier MdL ist Hessischer Ministerpräsident.

Dr. Regina Görner ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

Dr. Jochen F. Kirchoff ist Vorsitzender des Beirates und des Gesellschafterkreises der KIRCHHOFF Gruppe.

Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, Präsident des Europäischen Parlaments a.D., ist Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Walter Riester war Zweiter Vorsitzender der IG Metall und Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Dr. h.c. Petra Roth ist Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main.